

369



## Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für  
Österreichs Freiheit

57. Jahrgang – Nr. 20 – März 2007

„Lernen Sie Geschichte“

Bessere Sozialleistungen

# Die Geister, die er rief ...

## Gedenkmesse

Wie alljährlich feiert  
unsere Organisation  
auch heuer am

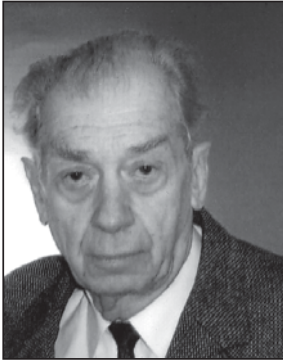
**Montag,  
den 19. März 2007  
um 18 Uhr  
eine Messe in  
St. Michael,  
1010 Wien,  
Michaelerplatz**

zum Gedenken an  
all jene Kameraden,  
die für Österreich  
ihr Leben hingegeben  
haben oder inzwischen  
verstorben sind.

*Wir bitten um  
zahlreiches Erscheinen.*



Hubert Jurasek



## Die Geister, die er rief ...

**Nicht nur der ÖVP sondern auch anderen Wählergruppen nahe stehende Politaguren und die Medien haben der ÖVP für die Nationalratswahl vom 1.10.2006 die besten Chancen gegeben (FK 18/2006, Seite 2 f. „NR-Wahl am 1.10.2006“ und FK 19/2006, Seite 2 „ÖVP zu siegessicher – SPÖ siegestrunken“).**

**W**ährend die ÖVP ihre Wahlpropaganda hauptsächlich auf den Kanzlerbonus von Schüssel abgestellt und sich mit ihren Wahlversprechungen „vornehm“ zurück gehalten hat (VP Vizekanzler Molterer: „Wir waren uns zu sicher“ PR 27, 28 1. 2007, Seite 2), haben die anderen wahlwerbenden Gruppen mit ihren Wahlversprechungen wie aus der Büchse der Pandora (griech.: alles Gebende) geworben, allen voran die Sozialisten, ohne sich Gedanken zu machen, wie sie die Versprechungen, sollten sie an die Regierung gelangen, auch erfüllen könnten. Der Slogan der Sozialisten: „Wohlstand muss gerecht verteilt werden“, hat die eigene Klientel angesprochen und den eigenen Wählerstock gehalten (Kurt Scholz in einer in der Furche vom 5.10.2006 veröffentlichten Diskussion). Die Sozialisten haben einen „beherzten“ Wahlkampf geführt und bei den Funktionären eine überzogene Erwartungshaltung erweckt (SPÖ Bundesgeschäftsführer Winterauer in der PR vom 10.2.2007, Seite 3); mit dem Schlagwort der „sozialen Härte“ haben sie vom BAWAG-Skandal abgelenkt. In Österreich gelte es spätestens seit dem berüchtigtem „Pensionistenbrief“ von Franz Vranitzky als erwiesen, dass Wahlkampfplügen

von Wählern honoriert werden (Q 3/2006, Seite 16, FK 19/2006, Seite 3).

Solche harte Auseinandersetzungen im Politstreit würden zum Problem für das Funktionieren des demokratischen Systems, wenn gelogen werde. Die Wähler hätten die Sozialisten, die schon vor der Wahl ihr indifferentes Verhältnis zur Wahrheit geoffenbart hätten, mit einer hauchdünnen Mehrheit (1,1 %, 2 Mandate) ausgestattet (Lukas Mandl, in AC intern 6/2006, Seite 11 „Lügen Politiker?“). Rudolf Mitloehner ist im Leitartikel der Furche vom 18.1.2007 „Das wirklich große Projekt“ der Hoffnung, dass die lautstarken Proteste aus den eigenen Reihen gegen die von Gusenbauer gebrochenen Wahlversprechen dazu führen würden, dass künftige Wahlkämpfer doch mehr Scheu hätten, tief in den Populismus-Topf zu langen und schamlos das Blaue vom Himmel zu versprechen, sondern mehr Mut hätten Klarheit zu reden. Gusenbauer habe den Plan, sich mit der Rückendeckung des Bundeskanzler-Status sukzessive vom diesmal wahlentscheidenden linken Flügel seiner Partei zu distanzieren, um mit Blick auf die nächsten Wahlen rechtzeitig eine „Koalition mit dem Wähler“ zu schmieden. („Gusenbauer übt Schüssels Spiel“ PR vom 27.1.2007, S 39).

Mitloehner ist auf der Titelseite der Furche vom 19.10.2006 „Reform des Stillstandes“ der Meinung, das Wahlergebnis lasse faktisch nichts anderes als eine SPÖ-ÖVP Regierung zu; diverse Spekulationen mit Minderheitsregierungen und vorzeitigen Neuwahlen seien im höchsten Masse unseriös. Laut der in der Furche vom 18.1.2007, Seite 2 f. unter dem Titel „Hoffnung in die neue Regierung, die noch durch wenig begründet ist“ zwischen Heide Schmidt (HSch) Erhard Busek (EB) und Erwin Lanz (EL) wiedergegebenen Diskussion bedauert HSch, dass eine sozialistische Minderheitsregierung durch die Grünen verhindert worden sei. Nach Bruno Rossmann ist es ex post gut, dass es nicht zu einer sozialistischen Minderheitsregierung gekommen sei; dass hätte die Grünen in die Nähe der Freiheitlichen gebracht (PR vom 28.1.2007, S. 33 „Grüne zu Budget: unrealistisch“). Grundsätzlich gingen die Grünen dort nicht hin, wo sie ins Zwielflicht geraten könnten (E. Washitl in FU vom 25.1.2007). EB weist darauf hin, dass der Bundespräsident eine hohe Verantwortung trage, weil er gegen eine Minderheitsregierung eingestellt gewesen sei und somit die Koalition stark erzwungen habe. Unter dem Titel „Miteinander täte wieder gut“ schreibt Hubert Feichtlbauer in der FU vom 11.1.2007, S. 4, in der

Koalitionspräferenz schwingende Sehnsucht nach weniger Bosheit und Streit, nach Zusammenhalt in Grundfragen mit. Keine Leistungseinheit, auch kein Staat, könne ohne das Ziehen möglichst Vieler am gemeinsamen Strang bestehen; atmosphärisch spreche vieles für eine große Koalition. Der unerwartete Wahlsieg der Sozialisten, schreibt Traude Brandstaller unter dem Titel „Labiles Gleichgewicht“, decke zwar kurzfristig die ideologischen Bruchlinien innerhalb des linken Lagers zu; die Zerreißprobe zwischen der schmalen Parteicrew, die in der Löwelstraße das Ruder in der Hand habe, und der Parteibasis und der Parteijugend werde bald härter werden, wie sich schon in den Demonstrationen um die Studiengebühren und die Eurofighter zeige. Gusenbauer habe bei Bekanntwerden des Wahlergebnisses mit solchem Überschwang reagiert, dass es schon damals klar war, dass ihm seine angestrebte Kanzlerschaft teuer zu stehen kommen wird; zu einer Minderheitsregierung habe ihm der Mut gefehlt (Erich Moser in FU vom 18.1.2007, S 12 „Immerhin Kanzler“). Für Gusenbauer habe es kaum Alternativen gegeben; hätte er den Regierungsbildungsauftrag zurückgelegt, wäre mit Sicherheit Schwarz-Blau-Orange gekommen (Winterauer in PR vom 10.2.2007, S 31).

Nachdem in einer Sitzung des Bundesparteivorstandes der ÖVP am 16.11.2006 beschlossen worden ist, den Sozialisten die Wiederaufnahme der Koalitionsgespräche anzubieten, ist dieses Anbot in einem Zwei-Augen-Gespräch zwischen Schüssel und Gusenbauer angenommen und vereinbart worden, am Mittwoch den 22.11.2006 die Koalitionsgespräche zügig wieder aufzunehmen (FK 19/2006, Seite 4). In langwierigen schwierigen Verhandlungen, bei denen es der genialen Taktik Schüssels gelungen sei, unter Ausnützung der Angst der Sozialisten vor einer SPÖ geführten Regierung mit einem Finanzminister Grasser die SPÖ in die Enge zu treiben, hatten sich die beiden Parteien, die annähernd gleich stark sind, zum Abschluss eines Koalitionsübereinkommens zwischen Schüssel und Gusenbauer einigen und am 11.1.2007 in einer Regierungserklärung eine große Koalition mit Gusenbauer (SPÖ) als Bundeskanzler und Molterer (ÖVP) als Vizekanzler bekannt geben können. Es sei auf der Basis eines Wahlausganges, der der SPÖ die alleinige Gestaltungsmöglichkeit eingeräumt hätte, viel versprochen worden; solange die SPÖ nicht die absolute Mehrheit habe, könne sie leider nur Teile ihres Programms verwirklichen. UP Dr. Felderer, Leiter des Instituts für Höhere Studien, hat den Eindruck, dass führende SPÖ-Leute ganz froh gewesen seien, dass man die Ergebnisse der Regierungsverhandlungen als Kompromisslösung darstellen konnte („Die Tricks sind ausgeschöpft“ AC vom Februar 2007, S 6).

Vielfach ist gerügt worden, dass die Regierungsverhandlungen von der Wahl am

1.10.2006 bis 11.1.2007 (100 Tage) gedauert hätten, was zu lange gewesen sei. Nach einer in der Furche vom 12.10.2006, S. 2, wiedergegebenen Aufstellung „Dauer der Regierungsbildung seit 1945“ habe die Regierungsbildung nach der Wahl vom 18.11.1962 129 Tage, gedauert obwohl schon vorher die gleiche Koalition zwischen ÖVP und SPÖ bestanden hat; nach der Wahl vom 3.10.1999 haben die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und Freiheitliche 124 Tage gedauert.

Rudolf Mitloehner fragt auf der Titelseite der Furche vom 11.1.2007 „Koalition der Glücklichen“, ob Gusenbauer seinen Wahlkampf in der Opposition auch gewonnen hätte, wenn er so geredet hätte, wie bei der Präsentation des Regierungsprogramms. Werde der Kitt zwischen den beiden Parteien stark genug sein, damit das Bündnis auch die unverweigerlich ins Haus stehende Zerreißproben aushält?

Möge es Bundeskanzler Gusenbauer besser ergehen, als Goethes Zauberlehrling und es ihm gelingen, die „bösen Geister“ in den eigenen Reihen, die er durch den Bruch der Wahlversprechungen gerufen hatte (Umfaller-Gusi), zur Raison zu bringen, damit er seine Arbeitskraft nicht in den Querelen der eigenen Parteien verzettelt, sondern zu Gänze seiner Arbeit als Bundeskanzler widmen könne zum Wohle Österreichs.

#### Abkürzungen und Quellen:

AC = Academia, Nummer, Jahrgang, Seite

FK = Freiheitskämpfer, Nummer, Jahrgang, Seite

FU = Die Furche, Datum, Seite

PR = Die Presse, Datum, Seite

Q = Quart, Zeitschrift des katholischen Forums Kunst, Wissenschaft, Medien

Ju. ■

## „Lernen Sie Geschichte“

**Der auf Seite 17 der „Furche“ vom 21.12.2006 „Trauma und Empathie“ von Thomas Rothschild vertretenen Meinung muss aus mehreren Gründen widersprochen werden. Seiner Ansicht nach sind die Staaten Deutschland und Österreich gleichermaßen für die Verfolgung von Juden durch die Nationalsozialisten verantwortlich. Während sich Deutschland frühzeitig und anhaltend, oft auch schmerzvoll, mit der eigenen Geschichte auseinander gesetzt habe, halte Österreich noch immer an der „Kollektiven Lebenslüge“ als „erstes Opfer des Nationalsozialismus und der damit verbundenen Unschuldsbeteuerung“ fest.**

Deutschland habe Österreichs Opferthese im Bereich der Entschädigung jüdischer Opfer nicht anerkannt; die westlichen Alliierten (USA und GB) hätten Österreich zur Aufnahme solcher Verhandlungen gezwungen, zum Beispiel auf individuelle Entschädigung von Opfern, die im Ausland lebten. Diese Personen wären ansonsten den Alliierten zur Last gefallen (Helga Embacher in der FU vom 20.3.2003, Seite 8 „Juden gegeneinander ausgespielt“). In einem vom GD vom Dezember 2006, Seite 3, wiedergegebenen Interview über „Waldheim und die Folgen“ meint der englische Historiker Robert Knight, der seit 1989 an einer Universität in Großbritannien unterrichtet, vorher ab 1987 in Wien, und Mitglied der österreichischen Historikerkommission ist, im Prinzip habe man erkannt, dass die Konstruktion „Österreich als überfallenes Land“ vielleicht juristisch stichhaltig ist, man habe aber zu viel Politik auf dieses rein juristische Argument aufgebaut. Von der Okkupationsthese habe man eine allgemeine kollektive Unschuld konstruiert und versucht, das auf Restitutions- und Entschädigungspolitik anzuwenden. Seit ca. 10 Jahren

hätten die Eliten auf beiden Seiten eingesehen, dass das nicht funktionierte. Vranitzky habe sich in Richtung moralische Mitverantwortung geäußert.

Ohne Rechtsstaatlichkeit gibt es keine Demokratie; unter moralischer Verpflichtung ist in der Vergangenheit viel Unrecht geschehen, z.B. „Gesundes Volksempfinden“. In seinem in der FU vom 8.2.2007, S. 13 wiedergegebenen Artikel „Symbolisch erregt“ rügt Thomas Rothschild die Verdrängung der Politik durch Sprachkritik, nicht Straches Jugendfoto ist das Problem, sondern eine reaktionäre, unsoziale Politik, die von Straches Partei aus der Opposition heraus empfohlen und die von der regierenden Koalition praktiziert wird. „Die allgegenwärtige Fixierung auf Symbole, auf Wörter, auf Bilder ist nichts anderes als der Sieg des Idealismus über den Materialismus oder, politisch gesprochen, des Verharrens in den bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen über die Bestrebungen, diese zu verändern.“ Der weise Brecht sagte: „Ändere die Welt, sie braucht es“. Er sagte aber auch: „Zuerst kommt das Fressen, dann die Moral“. Ist das die richtige Moral? ▶

► Wie bereits in FK 9/04 S 2 ff. „Österreich Opfer oder Mörder?“ ausgeführt, hat es ab dem 12.3.1938 (Besetzung durch die deutsche Wehrmacht) bis 27.4.1945 (Unabhängigkeitserklärung) keinen Staat Österreich, noch weniger eine handlungsfähige Regierung gegeben. Während dieser Zeit sind in den „Alpen- und Donaureichsgauen“ – sogar der Gebrauch des Namens Österreich war verboten – alle Unrechtshandlungen der NSDAP „Namens des deutschen Volkes“ erfolgt. Eine Verfolgung aus Abstammungsgründen hat es in Österreich weder vor 1938 noch nach 1945 gegeben.

Die Habsburger-Monarchie sei für die Juden des 19. Jahrhunderts das beste Land Europas gewesen, schreibt Shlomo Avineri in der FU vom 1.7.2004, S 3, unter dem Titel „Kein Zufall, dass Herzls Vision in Wien entstand“. Unter dem Titel „Wahrheit gegen Trend“ wird in der FU vom 6.6.1996, S 18, über einen Vortrag berichtet, den der bekannte Jurist Dr. Heinz Barazon, der während der NS-Zeit in Israel gelebt hat, in der „Gesellschaft für Literatur“ über „Das Bild Österreichs“ gehalten hat. Entgegen der Meinung mancher österreichischer Autoren und Historiker sei für die Verfolgungshandlungen und den Zweiten Weltkrieg juristisch das nationalsozialistische Deutsche Reich bzw. die BRD verantwortlich. Dieser Ansicht sind auch maßgeblich Kreise der USA (siehe auch FK vom Dez. 2000, S 2 „Österreich ist das erste Nazi-Opfer!“).

In einem in der AC 3/2003, S 22 f. veröffentlichten Interview, „Österreich wurde geopfert“ sagt Otto Habsburg, (Österreich sei ebenso wie später die CSR) geopfert wor-

den, „um Deutschland nach Osten umzuorientieren“, damit inzwischen England aufrüsten könne. In der PR vom 24.1.2006, S 30 „Quergeschrieben“ wird unter dem Titel „Ressentiment und Niedertracht“ ein Leserbrief von Dr. Kurt Scholz, Restitutionsbeauftragter der Stadt Wien und langjähriger Wiener Stadtschulratspräsident, gebracht, der eine im Zusammenhang mit der Restitution der Klimt-Gemälde in der „Washington Post“ gebrachten Meinung, „Österreich zählte zu den glühendsten Unterstützern von Adolf Hitler“, entgegenhält, jedenfalls seien die in der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof in Schachtgräbern begrabenen Hingerichteten des NS-Regimes keine solchen Unterstützer Adolf Hitlers gewesen.

Anlässlich der Wiederaufstellung einer Gedenktafel für drei namentlich genannte Opfer der kommunistischen Betriebszellen in der Staatsdruckerei an dem neuen Betriebsgebäude der Staatsdruckerei in Wien 23, am 25.11.2005 sagt Dr. Willi Wejnert, ehemaliger wissenschaftlicher Leiter und nunmehr Vorstandsmitglied der Alfred Klahr-Gesellschaft, er habe den Eindruck, dass in den letzten Jahrzehnten der Mord an den aktiven Widerstandskämpfern in den Hintergrund gedrängt und der Faschismus auf die Verfolgung und die Ermordung der Juden reduziert worden sei; der politische organisierte Widerstand werde negiert (MAK 1/06, S 18). Die Erinnerung an den bis heute elitär gebliebenen österreichischen Widerstand als Stück der nationalen Erinnerung, dass eine signifikante Minderheit von Menschen in Österreich unter Gefährdung des eigenen Lebens gegen eine heute zu-

recht als menscheitswidrig eingestufte Herrschaft aufgestanden sei, sei wohl der herzeigbarste Aspekt der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, sagte UP Dr. Anton Pelinka in seinem Vortrag im Rahmen der Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in Wien am 13. März 2006, wiedergegeben in DAM 176, S 6 ff.

Dr. Herbert Kröll, von 1994 bis 1997 österreichischer Botschafter in Israel, führte in einem Vortrag im Club O 5 über die Aspekte der Beziehungen Österreich – Israel aus (ÖWIP Nr. 3/2003): Bundespräsident Dr. Thomas Klestil habe 1994 in seiner Rede vor dem Knesset in Jerusalem das Verhältnis der Österreicher zum Holocaust in abschließender Weise dargestellt; diese Darstellung sei sowohl in Österreich als auch in Israel und bei den jüdischen Gemeinden weltweit positiv aufgenommen worden. Im Interesse der umfassenden Wahrheit sei die Täterrolle von Österreichern und die Rolle Österreichs als erstes Opfer erwähnt worden. Eine Entschuldigung, wie sie Polen, Ungarn oder Deutschland vorgebracht haben, sei nicht ausgesprochen worden, weil Österreichs Situation eine ganz andere gewesen sei; es habe keinen Staat und keine Regierung gegeben (siehe auch „Keine Kollektivschuld Österreichs am Nationalsozialismus“ im FK vom November 1991, S 2). Bundeskanzler Vranitzky habe bei einer Rede an der Hebräischen Universität im Juni 1993 die kollektive Verantwortung Österreichs anerkannt, dieser Gedanke bleibe aber umstritten. (UP Dr. Viktor Frankl in seiner Ansprache am Wiener Rathausplatz am 10.3.1988 FK vom Dezember 2000, S 2) und

viele andere Österreicher meinten, dass es Verantwortlichkeit sowie Schuld nur für das gebe, was man selbst getan oder unterlassen habe. Der in Duvno, Jugoslawien geborene und in Graz und Sarajevo lebende „Chronist der Belagerung in Belgrad“ in Dževad Karahasan meinte in einem in der FU vom 15.6.2006, S 9 f. wiedergegebenen Gespräch, es gehe darum, das Gute und das Böse, das Herrliche und das Schreckliche, zu konkretisieren und zu artikulieren, damit wir Vereinfachungen ausschließen könnten. Zu behaupten, „Österreich ist eine Naziland“, sei Schande.

Die eingangs erwähnte Gleichstellung der Staaten Deutschland und Österreich durch Rothschild in der Frage der Judenverfolgung ist eine grobe Missachtung historischer Tatsachen und eine schwere Beleidigung all jener Österreicher, die, zum Teil schon vor 1938, aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus Leben und Freiheit riskiert, mitunter sogar verloren haben. Die Urheber solcher unwahrer Darstellungen der Zeitgeschichte mahnte Dr. Bruno Kreisky: „Lernen Sie Geschichte“.

#### Abkürzungen und Quellen:

AC: Academia, Nummer, Seite  
 DAM: Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Nummer, Seite  
 FK: „Der Freiheitskämpfer“, Nummer bzw. Datum, Seite  
 FU: „Die Furche“, Datum, Seite  
 GD: „Gedekndienst, Zivilersatzdienst – Holocaust-Education Europäischer Freiwilligendienst“, Datum, Seite  
 MAK: Mitteilungen der Alfred-Klahr Gesellschaft, Nummer, Seite  
 ÖWID: „Informations- und Presse-dienst der österreichischen Widerstandsbewegung“, Nummer, Jahrgang, Seite  
 PR: „Die Presse“, Datum, Seite

# Papst Benedikt XVI. im Lager Auschwitz

Sonntag, den 28. Mai 2006 besuchte der Heilige Vater das Gelände des Vernichtungslager Auschwitz II., Birkenau.

**R**und 4000 Menschen nahmen daran teil, darunter etwa 500 Vertreter der jüdischen Gemeinschaft und KZ-Überlebende. Benedikt XVI. betete zunächst still am großen internationalen Monument, das in der Nähe des Krematoriums Nr. 2 errichtet worden ist. Der Heilige Vater schritt an den 22 Gedenksteinen vorbei, auf den in verschiedenen Sprachen der Opfer des Konzentrationslagers gedacht wird, betrachtete die Aufschriften und betete ... Es folgten Fürbitten in ver-

schiedenen Sprachen und das jüdischen Totengebet „Kaddisch“. Die letzte Fürbitte trug Benedikt XVI. selbst auf Deutsch vor.

Unvergesslich wird allen die Ansprache des Heiligen Vaters an diesen „Ort des Gedächtnisses“ bleiben, sein Flehen zu Gott: „Wach auf! Vergiss dein Geschöpf Mensch nicht!“ und weiter sagte Benedikt XVI. mit Blick auf die Gegenwart: „Und unser Schrei an Gott muss zugleich ein Schrei in unser eigenes Herz

hinein sein, dass in uns die verborgene Gegenwart Gottes aufwache ...“. Der Papst schloss mit einem Gebet des Vertrauens: „Der Herr ist mein Hirte, nichts wird mir fehlen ...“ (Psalm 23, 1-4.6). Es war ein Schluss zur Hoffnung – auch nach dem Geschehen von Auschwitz.

Quelle: „Leben in Fülle“  
Zeitschrift der Herz-Jesu-  
Priester Kalender 2007,  
Seiten 46, 47.

Ju. ■

**Vor jedem Grabstein  
hielt der Heilige Vater  
inne zu einem stillen  
Gebet.**



**Papst Benedikt XVI. durchschreitet das Eingangstor des Konzentrationslagers.**



## „Der einsame Zeuge“ ...

„Eine Spurenlese mit Franz Jägerstätter“ vom Bischof von Innsbruck (Manfred Scheuer) erschienen in der Furche vom 3. August 2006, Seite 7.

**A**uszüge aus dem Text:  
„Wer nicht eine Vergangenheit zu verantworten und eine Zukunft zu gestalten gesonnen ist, der ist vergesslich und ich weiß nicht wie man einen solchen Menschen packen, zur Besserung bringen kann.“ So schreibt Dietrich Bonhoeffer am 1.2.1944 aus dem Gefängnis in Berlin-Tegel. Es geht Bonhoeffer um den Schnittpunkt einer in moralischer Verantwortung übernommener Vergangenheit und einer verantwortungsvollen Gestaltung der Zukunft in der Gegenwart: „Die Güter der Gerechtigkeit, der Wahrheit, der Schönheit ... brauchen Zeit, Beständigkeit, Gedächtnis, oder sie degenerieren.“

Die Nationalsozialisten haben Millionen von Menschen einfach das Lebensrecht und den Lebenswert aberkannt. Als „lebenswürdig“ galt der starke Mensch, Schwache und Behinderte wurden als Parasiten angesehen und in eine wirtschaftliche Kosten- Nutzenrechnung eingeordnet, für die man den „Gnadentod“ übrig hatte.

Zeugen des Glaubens, wie Franz Jägerstätter, verweisen auf eine andere Dimension des Menschen. Ein ganzheitliches nicht allein an intellektueller Leistung oder wirtschaftlicher Verwendbarkeit orientiertes Verständnis des Menschen ist gefordert. ....



Letztlich bleibt jedes Verständnis des Menschen und der Gesellschaft halbiert und eindimensional, wenn der Mensch nicht als Bild Gottes verstanden wird. Franz Jägerstätter steht für den Wert und die Würde des menschlichen Gewissens. ....

Im Unterschied zu den nationalsozialistisch Gesinnten betete Franz Jägerstätter nicht um den Sieg sondern um den Frieden. Er denkt vom biblischen Prinzip der Gewaltlosigkeit: „Die Losung des Christen im Kampfe ist nicht Gewalt mit Gewalt abzuwehren, sondern Geduld und Ausharren im Glauben.“ .... Franz Jägerstätter hat das Gebot der Feindesliebe gelebt; er wollte Gewalt nicht mit Gewalt beantworten. In seinem Zeugnis leuchtete Hoffnung auf, die auch die Täter und Verführten mit einschließt. So verleiht er die Seligsprechungen der Sanftmütigen derer, die keine Gewalt anwenden.

Es ist aus Ausdruck von menschlicher Schwäche und nicht von Stärke, andere Menschen und Völker von vornherein mit Abwertung und Verdacht zu begegnen oder alle, die

► sich nicht angleichen und unterwerfen, ins Lager der Feinde zu verweisen. .... Ausdrücklich widersprach Jägerstätter der ideologischen Rechtfertigung dieses Krieges, die den Kampf gegen den Bolschewismus als Rettung des „Christentums in Europa“ ausgab.

**Zwei Aufzeichnungen aus dem Gefängnis:** „Die Liebe,

sie soll in uns so wachsen, dass wir auch unsere Feinde lieben können, dann erst können und dürfen wir uns Christen nennen, denn seine Freunde lieben, das kann der Antichrist oder der Heide auch.“ – „Feindesliebe ist nicht charakterlose Schwäche, sondern heldische Seelenkraft und Nachahmung des göttlichen Vorbildes.“ **Ju. ■**

## Jerzy Popieluszko – Seeligsprechung

**J**erzy Popieluszko wurde am 23. September 1947 als Kind von Bauern in dem polnischen Dorf Okopy geboren und am 28. Mai 1972 in Warschau zum Priester geweiht. Ab diesem Zeitpunkt arbeitete er in verschiedenen Warschauer Pfarren vor allem mit Kindern und Jugendlichen. Später wird er Seelsorger in verschiedenen medizinischen Einrichtungen. Weiters engagierte er sich mit großem Engagement bei der Gründung von Arbeitergemeinden. Im Sommer 1980 hält er die erste Messe für streikende Schweißer auf dem Gelände ihrer Fabrik. Pater Jerzy organisierte eine eigene „Schule“ für Arbeiter, einem Vorlesungszyklus über verschiedene Themenbereiche, die von Fachleuten gehalten werden.

Argwöhnisch und ärgerlich beobachtete der Geheimdienst diesen „kleinen Pfarrer“, der eine so große Wirkung hatte. Um ihn aus der Öffentlichkeit zu zwingen, wurde er mehrmals festgenommen, streng verhört und mit falschen Anklagen bedroht. Bomben fanden sich in seinem Wagen und die Autounfälle häuften sich.

In einer Predigt am 8.10.1984 sagte er: „Ängstigen sollte man sich nur vor dem Verrat an Christus. Der Christ soll der wahre Zeuge, Vertreter und Verteidiger der Gerechtigkeit, Güte, Wahrheit, Freiheit und Liebe sein. Für diese Werte soll er sich mutig für sich und die anderen einsetzen.“

Am 19. Oktober 1984 täuschten Geheimdienstleute eine Autopanne vor um P. zum Anhalten zu bewegen. Als P. ausstieg um zu helfen, schlugen drei Offiziere des Geheimdienstes ihm mit Fäusten und Holzknüppel bewusstlos. Dann wurde er gefesselt, geknebelt, in einen Kofferraum gebracht und bei Wloclawek (Lesla an der Weichsel) noch mit Steinen beschwert in den Stausee geworfen und ertrank dort.

Der Seeligsprechungsprozess des Diener Gottes Pater Jerzy Popieluszko begann am 8. Februar 1997.

*Quelle: „Leben in Fülle“ Zeitschrift der Herz-Jesu-Priester Kalender 2007, Seiten 48, 49.*

**Ju. ■**

**Das folgende stammt aus dem Buch „Der Zweite Weltkrieg – Zeit im Bild“ erschienen im Verlag Ueberreuther Wien 1979:**

### Kunstschatze gerettet

„Sie sind wahrlich ein Werkzeug Gottes!“ sagte 1943 ein Mönch der Benediktinerabtei Monte Cassino tief bewegt zu einem Offizier der Panzerdivision „Hermann Göring“. Der aus Wien stammende Oberstleutnant Julius Schlegel (48) hat aus eigener Initiative und unter größten Schwierigkeiten eine Aktion zur Rettung der Schätze der Benediktinerabtei Monte Cassino gestartet. Das Stammkloster des Ordens im alten Latium hoch über dem Tal des Liri auf einer natürlichen Festung, dem Monte Cassino gelegen, ist zu einem neuralgischen Punkt für die vordringenden Alliierten geworden: Die Deutschen haben im Verlauf der „Gustavlinie“ einen Sperrriegel vor den Eingängen des Lirital angebracht. In der Abtei, die für ihre Bibliothek und ihr Archiv berühmt ist, sind auch die Bestände der neapolitanischen Gemäldegalerien gelagert gewesen, darunter viele der bedeutendsten Schöpfungen italienischer Malerei. Während die Hauptkampflinie immer näher rückt, setzt Schlegel Soldaten zu Bergung und Transport der kostbaren Objekte ein. Die geretteten Kunstschatze werden in den Vatikanstaat in Sicherheit gebracht. Oberstleutnant Schlegel ist nach 1945 eine Zeit lang Abgeordneter der ÖVP im Wiener Gemeinderat gewesen.

*Quelle: „Der Zweite Weltkrieg – Zeit im Bild“, Verlag Ueberreuther, Wien 1979, Seite 234.*

### Protest bei Bischof Küng

Auf einem Bild in der Prandtauerkirche in St. Pölten ist neben dem ehemaligen zuständigen Diözesanbischof und Bundeskanzler Ing. Julius Raab auch der ermordete Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß zu sehen, der sich um die Restaurierung dieser Kirche verdient gemacht hatte.

Die niederösterreichischen Landesobleute der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Karl Gruber und der Sozialistischen Jugend Bernhard Wieland haben in einem offenen Brief an den Diözesanbischof DDr. Klaus Küng die Entfernung dieses Bildes von Dr. Dollfuß verlangt.

Laut Medienberichten, die von den zuständigen kirchlichen Stellen bestätigt wurden, ist beabsichtigt, diesem ungeheuren Verlangen nachzukommen.

In einem Brief an Bischof DDr. Klaus Küng haben wir unsere Bestürzung über diese Absicht mitgeteilt und von dieser Vorgangsweise dringend abgeraten. Gleichzeitig verwiesen wir auf die großen Verdienste des von NS-Tätern ermordeten Kanzlers, insbesondere auch für die katholischen Kirche sowie ein unabhängiges Österreich, und ersuchten, nicht ohne genaue Kenntnis der Geschichte und deren Zusammenhänge dem durchsichtigen Drängen der so genannten Gutmenschen, deren Absicht eindeutig erkennbar ist, willfährig nachzugeben. **GK**

# Bessere Sozialleistungen

**Beginnend mit Jahresbeginn werden die „Richtlinien für die Vergabe von Fürsorgeleistungen an Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene“ geändert bzw. verbessert. Es handelt sich um folgende Positionen der Richtlinien Stand 2006:**

*Neu sind die Position 4 auf Seite 1 (Zinszuschüsse zu Darlehen) und die Positionen 4 bis 4.6. auf Seite 6. Weiters sind folgende Änderungen vor allem bezüglich der Höhe der jeweiligen Geldbeträge vorgenommen worden:*

Seite 2: 1.2. Finanzielle Bedürftigkeit ist dann anzunehmen, wenn folgende Einkommensgrenzen nicht überschritten werden:

Alleinstehende Euro 1.107,-  
Verheiratete (Lebensgemeinschaft) Euro 1.618,-  
Erhöhung pro unterhaltsberechtigtem Kind Euro 281,-  
jeweils netto monatlich.

Seite 2: 1.3. Außer betrachtet bleiben Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, wenn der Einheitswert nicht mehr als Euro 3.000,- beträgt. Bei einem höheren Einheitswert erfolgt eine Hinzurechnung von Euro 100,- für Alleinstehende bzw. Euro 150,- für verheiratete Leistungsberechtigte (Seite 2, 1.3)

Seite 3: 1.4. Die Höhe der finanziellen Aushilfe beträgt grundsätzlich für Alleinstehende Euro 800,-  
Wenn ein monatliches Netto-

einkommen den jeweiligen AZ-Richtsatz gem. § 293 ASVG nicht übersteigt Euro 1.000,-  
Verheiratete (Lebensgemeinschaft) Euro 800,-

Wenn ihr monatliches Nettoeinkommen den jeweiligen AZ-Richtsatz gem. § 293 ASVG nicht übersteigt Euro 1.000,-  
Neu: Leistungsberechtigte mit Wohnsitz im Ausland Euro 500,-.

Die finanzielle Aushilfe wird in einer Rate ausbezahlt.

1.5.2. übersteigt das Einkommen des Antragsstellers die jeweils geltende Einkommensgrenze nach Punkt 1.2. bis zu Euro 50,-, kann eine finanzielle Aushilfe in Höhe von Euro 400,- gewährt werden. Diese Bestimmung ist für Darlehensgewährungen bis Ende 2006 anzuwenden.

Seite 4: 2.2. Finanzielle Bedürftigkeit ist dann anzunehmen, wenn folgende Einkommensgrenzen nicht überschritten werden:

Alleinstehende Euro 1.432,-  
Verheiratete (Lebensgemeinschafteten) Euro 1.873,-  
Erhöhung pro unterhaltsberechtigtem Kind Euro 281,-  
alle jeweils netto monatlich.

2.3. Die Höhe der Spitals-aushilfe beträgt Euro 250,- sie kann einmal pro Kalenderjahr gewährt werden.

Seite 5: 2.5. der im letzten Absatz dieses Punktes genannte Betrag wird auf Euro 250,- geändert.

Seite 6: 4.1. Dem im § 6 Z 5 OFG angeführten Personenkreis kann bei finanzieller Bedürftigkeit ein Zinszuschuss für eine Darlehen bei einer inländischen Bank gewährt werden. Kinder können solche Zuschüsse nicht bekommen.

4.2. Finanzielle Bedürftigkeit ist dann anzunehmen, wenn folgende Einkommensgrenzen nicht überschritten werden:

Alleinstehende Euro 1.874,-  
Verheiratete (Lebensgemeinschafteten) Euro 2.213,-  
Erhöhung pro unterhaltsberechtigtem Kind Euro 281,-  
alle jeweils netto monatlich.

4.3. und 4.4. Die Höhe des Zuschusses (Euro 500,- bis

Euro 1.500,-) wird aufgrund eines fünfjährigen Darlehenszeitraumes bemessen, wobei von den nachgewiesenen Zinsen die Hälfte anerkannt wird. Ein neuerlicher Zuschuss kann erst nach Ablauf des Bemessungszeitraumes gewährt werden.

4.5. Eine Auszahlung des Zuschusses kann erst nach erfolgtem Zinsnachweis geleistet werden.

4.6. Der Zuschuss kann auch gewährt werden, wenn das Darlehen auf den Namens des Ehepartners lautet, jedoch nur einmal pro Familie

Seite 11: 6.11. für Sehhelfe und Brillen sind die Selbstkosten (inkl. tarifmäßigen Parteienanteil) höchstens jedoch bis zu einem Jahresbetrag von Euro 285,- zu ersetzen.

Neu: Falls keine Verrechnung mit der Krankenkasse erfolgte, bzw. auf der Rechnung ersichtlich ist, ist der Zuschuss um einen Selbstbehalt von Euro 70,- zu kürzen (auch wenn nachträglich ein Zuschuss beim Krankenversicherungsträger beantragt wird). In diesem Fall ist jedoch unbedingt die Vorlage einer fachärztlichen Verordnung erforderlich.

Ju. ■

## Karl Rahner

Die Gläubigen dürfen nicht meinen, sie hätten bestimmt nichts zu tun, bevor von oben ein Befehl runtergereicht wird. Es gibt Taten, die Gott will, vom Gewissen des Einzelnen verlangt, auch bevor das Startzeichen vom Amt gegeben ist.

Quelle: *Qart, Zeitschrift des Forums Zeit und Glaube, Nummer 4/2006, Seite 22.*

Ju.

## Generalversammlung Landesverband Salzburg

Der Landesverband Salzburg der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich hielt seine Generalversammlung am 29.11.2006 ab. Bei dieser Generalversammlung wurde Kamerad Hermann Prodingner neuerlich zum Obmann gewählt. Ihm stehen im Vorstand die Kameraden Dr. Herbert Glaser und Mag. Clemens Prodingner zur Seite.

Wir gratulieren zur Wahl und wünschen dem Landesverband und seinen Funktionären alles Gute bei Ihrer Arbeit für unsere Kameradinnen und Kameraden.

Ka

# Priester als Sträfling

**Es war in der gnadenlosen Hitlerzeit. Wer Priester war, stand damals mehr oder weniger außerhalb des Gesetzes und des Rechtes. Priester und Ordensleute wanderten in die Gefängnisse und Konzentrationslager. Zwar wollte man aus den Priestern keine Märtyrer machen, wie man sagte, sondern Verbrecher; aber da kam es doch so, dass die Verbrecher aus den Priestern oft tatsächlich Märtyrer schufen.**

**A**m 10. Dezember 1940 wurde ich (Pater Robert Quardt) unter unschönen Begleitumständen von der Gestapo verhaftet. Mit 30 anderen Gefangenen wurde ich an einem schneidend kalten Wintertage in dünner Gefängniskleidung auf offenem Lastwagen in fünf stündiger Fahrt der Mosel entlang von Wittlich nach Koblenz gebracht. Es war kein Konzentrationslager, sondern ein Strafgefangenenlager, das nicht der SS sondern der Justiz unterstand. Die Häftlinge des Lagers arbeiteten an einer Autostraße. Kriminelle und politische Gefangene waren es, Katholiken, Protestanten und so genannte Gottgläubi-

ge, sogar einen Mohammedaner gab es dort. War das ein schadenfrohes Hallo bei der Mehrheit als es bei der Einlieferung hieß: „Nun haben wir auch einen Pfarrer im Lager.“ Diese Tatsache wirkte wie eine Zirkussensation. Es dauerte nicht lange und es trat in der öffentlichen Meinung der Strafgefangenen ein Umschwung zu meinen Gunsten ein. Ich benahm mich wie jeder andere auch, nahm mir nichts vor ihnen voraus und trug wie sie die Tage der schweren Last.

Einmal kam dann einer ungesucht zu mir und sprach sich in einer engen verschwiegenen Ecke aus. Ein zweiter

kam, ein dritter und ein vierter und ein fünfter, bis ich im Lauf der Zeit zum Vertrauten mancher wurde. Trotz der blauen Gefängniskleidung war ich Priester im priesterlosen Strafgefangenenlager. Als Priester kam ich an Menschen heran, an die der Priester sonst selten oder gar nicht heran

kommt, und umgekehrt kamen die anderen an den Priester heran, der zur gleichen Not und Leidensgemeinschaft gehörte wie sie selbst.

*Quelle: „Leben in Fülle“ Zeitschrift der Herz-Jesu-Priester Kalender 2007, Seiten 50 ff.*

Ju. ■

## Neujahrswünsche des Pfarrers Hermann Kappe von St. Lamberti zu Münster im Jahre 1883

Herr, setze dem Überfluss Grenzen,  
und lass die Grenzen überflüssig werden.  
Lasse die Leute kein falsches Geld machen  
Aber auch das Geld keine falschen Leute.  
Nimm den Ehefrauen das letzte Wort  
und erinnere die Männer an ihr erstes.  
Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit  
Und der Wahrheit mehr Freunde.  
Besser solche Beamten, Geschäfts- und Arbeitsleute,  
die wohl tätig aber nicht wohlthätig sind.  
Gib den Regierenden ein besseres Deutsch  
und den Deutschen eine bessere Regierung.  
Herr, Sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen.  
Aber nicht sofort.

*Quelle: „Braille Report“ 1-3/2005, Seite 17*

Ju.

### Offenlegung

**Medieninhaber:** ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium)

**Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann KomR. Dr. Gerhard Kastelic, Obleute-Stv. Präs. KomR. Alfred Gerstl und Mathias Denifl, Kassier Othmar Burian, Schriftführer Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer. **Grundlegende Aufgabe** der Zeitschrift ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

### Impressum:

**Medieninhaber  
und Herausgeber:**

Kuratorium der  
ÖVP-Kameradschaft der  
politisch Verfolgten und  
Bekenner für Österreich,  
1080Wien

Laudongasse 16

Tel: 01/406 11 44

Fax: 01/401 43-350

Schriftleitung:

Dr. Hubert Jurasek, VPäs. d.

VwGH i. R.

**Fotos:** Archiv, Die Furche, privat

**Satz/Umbruch:** Tanja Pichler,  
1080 Wien, Stolzenthalg. 15

**Druck:** Druckerei Lischkar,  
Migazziplatz 4, 1120 Wien

